

Mit Menschen für Menschen

Die Vor-Ort-Apotheke als entscheidender Stützpfeiler für eine patientenorientierte Gesundheitsversorgung und Prävention

8. Mai 2025

ADEXA – Die Apothekengewerkschaft setzt sich als bundesweite Stimme der Apothekenangestellten für faire Arbeitsbedingungen und für die Sicherung der Präsenzapotheken als essenziellen Bestandteil des deutschen Gesundheitssystems ein. In den letzten Jahren hat sich die Lage der Vor-Ort-Apotheken durch steigende Belastungen, einen akuten Fachkräftemangel und eine stagnierende Vergütung durch die Krankenkassen deutlich verschlechtert, was mittlerweile zu einem Tiefstand der Apothekenzahlen geführt hat.

Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die entscheidende Rolle von öffentlichen Apotheken für die Gesundheitsversorgung und die Prävention anerkannt. Eine Reihe von wichtigen Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Apotheken werden im Koalitionsvertrag konkret angekündigt, zum Beispiel die Erhöhung des Apothekenfixums. Zudem verweist der Koalitionsvertrag auf die Notwendigkeit, die Wertschätzung und Attraktivität von Gesundheitsberufen – und damit auch von Apotheker:innen, PTA und PKA – zu erhöhen, ohne dies weiter zu konkretisieren.

Dies ist jedoch ein zentraler Punkt: Ohne ausreichend qualifiziertes Personal kann der Gesundheitssektor den wachsenden Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft nicht entsprechen. Personal kann nur gewonnen und gehalten werden, wenn es Arbeitsplätze mit attraktiven Arbeitsbedingungen gibt. Dies gilt insbesondere für die Angestellten in den Vor-Ort-Apotheken: Mit PKA-Einstiegsgehältern, die nah am gesetzlichen Mindestlohn liegen, Gehältern für Approbierte, die im Vergleich mit anderen akademischen Berufen nicht mithalten können, sowie der größten Gruppe, den PTA, die weder ihrer hohen Verantwortung noch ihrer Qualifikation gemäß vergütet werden, ist das gesamte Gehaltsgefüge im Bereich der öffentlichen Apotheke seit Jahren zu niedrig angesetzt. Das drückt sich unter anderem in einer Abwanderung in andere Arbeitsbereiche aus. Neben der verbesserten Vergütung müssen auch die Arbeitsprozesse vereinfacht und die bürokratische Last reduziert werden, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und erfahrene Mitarbeiter:innen im Beruf zu halten.

Wir erwarten daher von der Bundesregierung, dass sie den Schwerpunkt ihrer Gesundheitspolitik auf die Schaffung von attraktiven und zukunftsfesten Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor legt.

Nur dann kann eine starke und zukunftsfeste öffentliche Apothekenlandschaft ihre systemisch wichtige Rolle in der Gesundheitsversorgung und Prävention dauerhaft erfüllen und damit zur Stabilisierung der Versorgungsstruktur beitragen.

Damit die „erste Anlaufstelle in der Gesundheitsversorgung“ weiter flächendeckend für die Bevölkerung zur Verfügung steht, macht ADEXA eine Reihe von konkreten Vorschlägen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Voraussetzungen für die Berufe in Apotheken. Diese Vorschläge beruhen auf der Expertise und Erfahrung von ADEXA und ihrer Mitglieder und beziehen sich auf angekündigte Maßnahmen und Vorschläge des Koalitionsvertrags.

1. Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen

Um die Arbeitsbedingungen für die Apothekenberufe und den Berufsnachwuchs zu verbessern und wettbewerbsfähig zu machen, fordert ADEXA:

Personalzulage: Apotheken benötigen eine jährlich dynamisierte Honorierung, die sich an Werten wie der allgemeinen Preissteigerung und dem Lohnanstieg anderer Branchen orientiert. Ein Teil des Fixums soll dabei für die Vergütung der Beschäftigten ausgewiesen werden (= Personalzulage). Als Mindestbetrag geht ADEXA dabei von 80 Cent pro Packung aus. Mit dieser Personalzulage können notwendige Spielräume für Tarifverhandlungen geschaffen werden.

Reform der Approbationsordnung: Eine zeitnahe Novellierung der seit über 20 Jahren unveränderten Approbationsordnung für Apotheker:innen (AAppO) soll die patientenorientierte Pharmazie stärker integrieren und die Ausbildung an aktuelle medizinische, pharmazeutische und digitale Entwicklungen anpassen. Um den Apothekerberuf auch innerhalb Europas zukunftssicher zu gestalten, muss die Approbationsordnung zudem die Vorgaben neuer EU-Richtlinien berücksichtigen.

PTA-Ausbildung: Für angehende PTA muss das Schulgeld bundesweit abgeschafft und eine Ausbildungsvergütung für die zweijährige Fachschulzeit eingeführt werden.

PTA-Beruf: Für PTA müssen Weiterbildungsmöglichkeiten bzw. ein Aufbaustudium etabliert werden, um Aufstiegschancen innerhalb der Vor-Ort-Apotheken zu schaffen.

PKA-Ausbildung/-beruf: Die PKA sind diejenige Berufsgruppe in der Apotheke, die am stärksten von einer Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 Euro sowie einer höheren Honorierung profitieren wird. Die Gehälter dieser Berufsgruppe sollten daher im Blickfeld der Gesundheitspolitik bleiben.

2. Bürokratienteilungsgesetz im Gesundheitswesen

Das im Koalitionsvertrag angekündigte Bürokratienteilungsgesetz ist eine dringend notwendige Maßnahme. Es muss die Mitarbeitenden in Apotheken so entlasten, dass sie zukünftig mehr Zeit für eine patientenorientierte Gesundheitsversorgung und Prävention aufbringen können – und weniger für Kontroll-, Berichts- und Dokumentationspflichten. Die

bürokratischen Erleichterungen während der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass Apotheken dadurch sehr viel besser für die Patienten wirken können.

Im „Sofortprogramm für den Bürokratierückbau“ soll der Aufwand für Schulungen und Dokumentation signifikant reduziert werden. Dies sollte von Anfang an auch für die Apotheken gelten, um diese kurzfristig zu entlasten. Das schafft Zeit, um den im Koalitionsvertrag angesprochenen Ausbau von Präventionsleistungen vorantreiben zu können.

ADEXA kann außerdem – basierend auf der Erfahrung ihrer Mitglieder – entscheidend zum im Koalitionsvertrag angekündigten Praxis-Check für alle Gesetze im Gesundheitsbereich für die Apotheken beitragen.

3. Digitalisierung: Effizienz und Versorgungssicherheit steigern

Apotheken sind schon lange Vorreiter bei der Nutzung digitaler Anwendungen. In der kommenden Legislaturperiode gilt es, die Rahmenbedingungen und die Honorierung für die Telepharmazie zu verbessern und die Chancen der digitalen Zusammenarbeit von Gesundheitsberufen zu nutzen und auszubauen. Konkret bedeutet dies u. a.:

ePA: Das eRezept und die elektronische Patientenakte (ePA) müssen im Arbeitsalltag reibungslos funktionieren. Die ePA muss jetzt von der Gesundheitspolitik so kommuniziert werden, dass sie von den Patienten:innen angenommen wird. Der Erklärungsaufwand darf nicht auf die Apothekenangestellten abgewälzt werden.

KI/Apps: Digitale Anwendungen und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz müssen in den Ausbildungsordnungen aller Apothekenberufe berücksichtigt werden.

Telepharmazie: Die Bereitstellung von telepharmazeutischen Angeboten ist bei der Honorierung der Apotheken zu berücksichtigen.

4. Arbeitsrechtliche Maßnahmen

Die Bundesregierung plant eine Steuerbefreiung für Überstunden, dies allerdings nur für Vollzeitarbeit. Steuerliche Anreize zur Ausweitung der Arbeitszeit bei Teilzeit sind bisher im Koalitionsvertrag nur angekündigt worden.

Dies stellt eine Benachteiligung für Frauen dar, die überwiegend für Care-Tätigkeiten verantwortlich sind und in Teilzeit arbeiten – und damit für einen Großteil der Beschäftigten in Apotheken. Denn diese sind weit überwiegend weiblich und 55 Prozent arbeiten in Teilzeit, Tendenz steigend.

Alle arbeitsrechtlichen Veränderungen, so auch die Einführung einer Wochenarbeitszeit, sollen in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern ausgestaltet werden. Hierzu fordert ADEXA einen zeitnahen Dialog, gerade auch, um der möglichen Benachteiligung von Frauen

bei der zunächst ausschließlichen steuerlichen Begünstigung von Mehrarbeit für Vollzeit-Stellen entgegenzuwirken und eine steuerfreie Prämie für die Ausweitung von Arbeitszeit für Teilzeitbeschäftigte zeitnah umzusetzen.

Schlussbemerkung

Die Sicherung einer zukunftsfähigen öffentlichen Apothekenlandschaft kann nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Interessenvertretungen erreicht werden.

ADEXA fordert die neue Bundesregierung auf, notwendige Investitionen in die Gesundheit und Versorgungssicherheit der Bevölkerung umzusetzen.